

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 5. Dezember 1984

am Donnerstag, dem 6. Dezember 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann(CDU/CSU)	20	Dr. Hüsich (CDU/CSU)	1, 2
Bamberg (SPD)	74, 75	Dr. Hupka (CDU/CSU)	63, 69
Becker (Nienberge) (SPD)	76, 77	Dr. Jens (SPD)	102
Berger (CDU/CSU)	81, 82	Jungmann (SPD)	3, 4
Bernrath (SPD)	50, 51	Kirschner (SPD)	133, 134
Berschkeit (SPD)	44, 45	Kretkowski (SPD)	46, 47
Bindig (SPD)	70	Krizsan (DIE GRÜNEN)	89, 90
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	37, 38	Liedtke (SPD)	48, 49
Broll (CDU/CSU)	96, 97	Löffler (SPD)	98, 99
Büchner (Speyer) (SPD)	10, 11	Lowack (CDU/CSU)	95
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	114, 115	Frau Männle (CDU/CSU)	129
Dr. Czaja (CDU/CSU)	71, 80	Menzel (SPD)	93, 94
Delorme (SPD)	61, 62	Müller (Schweinfurt) (SPD)	109, 110
Dörflinger (CDU/CSU)	25, 26	Nelle (CDU/CSU)	27, 28
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	29, 30	Paterna (SPD)	52, 53
Dr. Ehrenberg (SPD)	36, 107	Pauli (SPD)	78, 79
Eigen (CDU/CSU)	41	Peter (Kassel) (SPD)	8, 9
Dr. Emmerlich (SPD)	100, 101	Pfeffermann (CDU/CSU)	39, 40
Fiebig (SPD)	18, 19	Pfuhl (SPD)	108
Fischer (Frankfurt) (DIE GRÜNEN)	64, 65	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	33, 34
Ganz (St. Wendel) (CDU/CSU)	85, 86	Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	42, 43
Glombig (SPD)	125, 126	Frau Roitzsch (Quickborn) (CDU/CSU)	123, 124
Hauser (Esslingen) (CDU/CSU)	83, 84	Dr. Rose (CDU/CSU)	113
Hedrich (CDU/CSU)	66	Roth (SPD)	105
Heyenn (SPD)	5	Sauermilch (DIE GRÜNEN)	87, 88
Hiller (Lübeck) (SPD)	117, 118	Schlag (SPD)	12, 13
Hinsken (CDU/CSU)	130, 131	Dr. Schöfberger (SPD)	59, 60

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	23, 24	Frau Terborg (SPD)	119, 120
Schreiner (SPD)	127, 128	Urbaniak (SPD)	104
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	121, 122	Waltemathe (SPD)	67, 68
Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	6, 7	Frau Weyel (SPD)	21, 22
Sieler (SPD)	132	Dr. Wieczorek (SPD)	103
Dr. Sperling (SPD)	57, 58	von der Wiese (SPD)	54
Dr. Stavenhagen (CDU/CSU)	72, 73	Wimmer (Neuötting) (SPD)	111, 112
Frau Steinhauer (SPD)	16, 17	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	106
Stiegler (SPD)	35, 116	Würtz (SPD)	14, 15
Stockleben (SPD)	91, 92	Zander (SPD)	55, 56
Stutzer (CDU/CSU)	31, 32		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	11
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	20
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	21

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung, das Fakultativprotokoll zum Menschenrechtspakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen nicht zu ratifizieren?
2. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
Wie begründet die Bundesregierung das Unterlassen der Ratifizierung in Anbetracht der Äußerung, die Bundesaußenminister Genscher am 26. September 1984 machte und mit der er die beiden internationalen Pakte über bürgerliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Rechte als „Zentrum der Arbeit der Vereinten Nationen“ bezeichnet hatte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
Trifft es zu, daß der Personalrat beim deutschen Anteil AFCENT aufgelöst worden ist, und wenn ja, mit welcher Begründung?
4. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
Beabsichtigt die Bundesregierung, gegebenenfalls bei weiteren internationalen Stäben die Personalräte aufzulösen, und wenn ja, wie ist die Absicht der Bundesregierung mit den Rechtsvorschriften für die Bildung von Personalräten in internationalen Stäben in Einklang zu bringen?
5. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
Wie beurteilt die Bundesregierung den in den letzten Wochen häufigen Eintritt von Flugzeugen in den Überschallbereich über dem norddeutschen Festland – Bereich Hamburg/Norderstedt –, und wie gedenkt sie sicherzustellen, daß die dadurch entstehenden extremen Lärmbelästigungen der Bevölkerung in Zukunft unterbleiben?
6. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
Ist die Bundesregierung bereit, zukünftig wieder verstärkt Bundeswehrobjekte durch zivile Bewachung zu sichern anstelle von militärischer Bewachung durch Wehrpflichtige?
7. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)
Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß nur Bewachungsfirmen beauftragt werden, die für ihre Beschäftigten sämtliche sozialen Absicherungen für Krankheit und Invalidität erfüllen?
8. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
Sichert die Bundesregierung, daß beauftragte Firmen für die erforderliche Bewachung von Bundeswehrobjekten ausreichend viel Personal einstellt, um regelmäßige Überstundenleistung zu vermeiden?

- | | |
|--|---|
| 9. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Stellt die Bundesregierung sicher, daß die Bewachungsfirmen nur sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zwecks Bewachung abschließen und für die Beschäftigten ein Lohnniveau erreicht wird, das eine angemessene Lebensführung ohne Leistung zusätzlicher Überstunden ermöglicht? |
| 10. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) | Welche Informationen hat die Bundesregierung im Zuge der engen Abstimmung im Verteidigungsbündnis mit den USA über die zukünftige Verwendung der militärischen US-Anlagen bei der Fronmühle zwischen Haßloch und Geinsheim? |
| 11. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) | Erwartet die Bundesregierung die Rückgabe der Liegenschaften an die Bundesrepublik Deutschland und bestehen Pläne, dieses Gelände erneut militärisch zu verwenden? |
| 12. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) | Kann die Bundesregierung die Auffassung von Oberstleutnant Richter vom Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr näher erläutern, der Anfang November 1984 vor dem Tempelherrenorden in Bad Nauheim über das Thema „Spionage“ gesprochen hat und auf eine Frage, welche Gefahr denn Bundestagsabgeordnete für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellen, erklärte: „Abgeordnete sind ein Kapitel für sich.“? |
| 13. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) | Kann die Bundesregierung weiterhin exakt darlegen, was Oberstleutnant Richter (laut Pressebericht vom 9. November 1984) gemeint hat, wonach von der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren die Aktivität der benachbarten Nachrichtendienste unterschätzt worden sei? |
| 14. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Wie bewertet der Bundesminister der Verteidigung die zunehmenden Probleme der aus der Bundeswehr ausscheidenden Zeitsoldaten bei deren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß, und welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung dieser schwierigen Situation hat er getroffen? |
| 15. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Welcher Dienstvergehen ist der Oberleutnant Joachim Ludwig im Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft in der Partei DIE GRÜNEN und seinem Eintreten für die Ziele dieser Partei beschuldigt worden, und inwieweit mußten die Beschuldigungen, über die die Zeitung DIE ZEIT (Nr. 48 vom 23. November 1984) berichtete, inzwischen fallengelassen werden? |

16. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Ist die Bundesregierung auf Grund neuerer Erkenntnisse, die den Zusammenhang von Lärmbelastigung und gesundheitlicher Schädigung nachweisen, bereit, die Tiefflüge einzuschränken und insbesondere z. B. die Erholungsgebiete des Sieger- und Sauerlandes bei Tiefflügen auszusparen?
17. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Welchen konkreten Beitrag leistet das Kontrollsystem „Skyguard“ bei der Verminderung des Tieffluglärms?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

18. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Trifft die Behauptung zu, daß Bundeskanzler Kohl den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit veranlaßt hat, auf die Entscheidung des Bundesgesundheitsamtes einzuwirken, die Gefahr der Kanzerogenität von Formaldehyd nicht wissenschaftlich aufzuklären, sondern diese Gefahr im kommerziellen Interesse des Hauptherstellers von Formaldehyd (BASF Ludwigshafen) zu negieren, wie in der Sendung „Monitor“ des WDR Köln am 13. November 1984 behauptet worden ist?
19. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Hat in diesem Zusammenhang der Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Professor Überla, auf die Beamten des Bundesgesundheitsamtes eingewirkt, Ergebnisse von Tierversuchen mit Formaldehyd aus den USA, die die Kanzerogenität bestätigen, nicht zu berücksichtigen?
20. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß bei der Zugrundelegung des Einkommens für die Berechnung der Höhe des Kindergeldes Zuschüsse nach § 7 b, die nach der Zahl der Kinder bemessen werden (Negativeinkünfte) einerseits einkommenssteigernd berücksichtigt werden, aber andererseits zu Abschlägen beim Kindergeld führen?
21. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD) Weshalb hat die Bundesregierung von der Ermächtigung nach § 11 Weingesetz noch keinen Gebrauch gemacht, ein besonderes Kennzeichen einzuführen, um die Kontrolle wirksam zu verbessern?
22. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das besondere Kennzeichen vor allem die neuen EG-Bestimmungen über die Ernte- und Bestandsmeldungen ergänzen könnte, die ab Herbst 1984 angewendet werden?
23. Abgeordnete
**Frau
Schoppe**
(DIE GRÜNEN) Welche gesundheitlichen Risiken sind nach einer Stellungnahme, die das Bundesgesundheitsamt der Landesregierung von Baden-Württemberg gegenüber abgegeben haben soll, in Rheinfelden infolge der Umweltbelastung mit

Dioxinen und Furanen durch die Pentachlorphenolproduktion der Firma Dynamit Nobel zu erwarten, und welche Position nimmt das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit dazu ein?

24. Abgeordnete
**Frau
Schoppe**
(DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen gegen die Dioxinchemikalie Pentachlorphenol hat das Bundesgesundheitsamt dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bisher vorgeschlagen, insbesondere nach Bekanntwerden des hohen Anteils ultragiftiger und teils kanzerogener Dioxin- und Furanisomeren im Handelsprodukt „Witophen P“ der Firma Dynamit Nobel, des möglichen Zusammenhangs zwischen im Blut/ Urin von Holzschutzmitteln Geschädigten nachgewiesenen Dioxinen und Furanen und Gesundheitsschäden der Betroffenen, und unter Einbeziehung neuester Erkenntnisse der US-Umweltbehörde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

25. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die ab 1. Januar 1985 von der Schweizerischen Eidgenossenschaft erhobenen Straßenverkehrsabgaben zu einer akuten Gefährdung der wirtschaftlichen Situation des grenznahen Transportgewerbes sowie zu einer außerordentlich problematischen Verkehrssituation in Südbaden führen?

26. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)

Wie groß und ausgeprägt ist die Entschlossenheit der Bundesregierung, in offiziellen Verhandlungen mit der Bundesregierung in Bern auf die Einhaltung des im Jahr 1928 zwischen Deutschland und der Schweiz abgeschlossenen Abkommens zu bestehen, wenigstens aber entschlossen dafür einzutreten, daß der grenznahe Bereich der Bundesrepublik Deutschland (Transportunternehmen und in der Schweiz berufstätige deutsche Staatsbürger) von diesen Abgaben ausgenommen werden?

27. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU)

Wie schätzt die Bundesregierung die Bedeutung der Binnenschifffahrt und Wasserstraßen speziell des Mittellandkanals ein, und teilt sie die Auffassung, daß entsprechend seiner Bedeutung der Mittellandkanal sowie die dazugehörigen Stichkanäle dringend des Ausbaus gemäß dem Regierungsabkommen von 1965 bedürfen?

28. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der niedersächsischen Landesregierung, daß der Wirtschaft durch einen schleppenden Ausbau erhebliche Nachteile entstehen, und ist sie bereit,

- nunmehr umgehend Mittel bereitzustellen, damit der Ausbau, wenn schon nicht bis zum nächsten Jahr wie im Regierungsabkommen geplant, so doch bis Anfang der 90er Jahre erfolgen kann?
29. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Aufgaben soll der vom Bundesminister des Innern einberufene Projektbeirat zum „Großversuch Tempolimit“ übernehmen?
30. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, neben den neutralen Institutionen Umweltbundesamt und Bundesanstalt für Straßen- und Verkehrswesen sowie den Interessenverbänden Verband der Automobilindustrie und ADAC auch Vertreter der Umweltschutzverbände in den Projektbeirat zu berufen?
31. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Welches Ergebnis hatten bisher die Beratungen der Bundesregierung zur Einrichtung einer Eisenbahnfahrverbindung zwischen einem deutschen und einem sowjetischen Ostseehafen, auf die in den Antworten der Bundesregierung vom 12. November 1984 (Drucksache 10/2395, Fragen 71 und 72) verwiesen wurde?
32. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Hätte die Bundesregierung, wenn es zu Verhandlungen mit der Sowjetunion über dieses Projekt kommen sollte, Bedenken gegen einen „Endhafen Kiel“, wenn ja, welcher andere schleswig-holsteinische Hafen würde favorisiert?
33. Abgeordnete
Frau
Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Wurden die Aufträge für den Neubau der B 33, Ortsumgehung Steinach/Kinzigtal vergeben, und wie sind die Termine für den Beginn und die Beendigung der Baumaßnahme dieser Ortsumgehung?
34. Abgeordnete
Frau
Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die bisher angefallenen Kosten für die Querspange des Zubringers Haslach-West der B 33 neu, deren Bau trotz des Beschlusses des Petitionsausschusses vom 17. Oktober 1984, diese Arbeiten nur bei erwiesener Unmöglichkeit einer anderen Lösung fortzuführen, zügig vorangetrieben wird?
35. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Von welcher personellen Bestandszahl geht die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung, die im Zonenrandgebiet gelegenen Güterwagenausbesserungswerke Weiden und Fulda zu erhalten, aus, und was wird sie unternehmen, um darauf hinzuwirken, daß diese Personalzahl z. B. durch die Übernahme von Auszubildenden auch gehalten wird?

36. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß sich die von der Deutschen Bundesbahn (DB) schrittweise vorgenommene Umrüstung der beliebten Speisewagen-Restaurants zu „Quick-Piks“ mit Papptellern und Plastikgeschirr bewährt hat, oder ist sie bereit, aus beschäftigungs- und umweltpolitischen Gründen, aber auch wegen der größeren Attraktivität der Intercity-Züge auf die DB einzuwirken, daß wieder auf allen Strecken unserer Eßkultur entsprechende Angebote gemacht werden?
37. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit den Zustand der Transitstrecke Berlin—Hirschberg?
38. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Kommt die DDR ihrer Verpflichtung nach, aus der ihr vertragsgemäß zufließenden jährlichen Transitspauschale von 525 Millionen DM die Transitstrecken in verkehrssicherem Zustand zu halten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

39. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hatte der Fortfall der Essenzuschüsse bei der Deutschen Bundespost auf die Besucherzahl der Postkantinen, und wie waren die Auswirkungen im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit der Postkantinen?
40. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Gab es negative Folgen, z. B. in preislicher und qualitätsmäßiger Hinsicht für die Benutzer der Postkantinen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, dieser Entwicklung gegenzusteuern?
41. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Treffen nach Meinung der Bundesregierung Aussagen zu, daß im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen Pläne bestehen, den ländlichen Raum postalisch noch wesentlich schlechter zu bedienen als bisher?
42. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 24. Oktober 1984 zu, daß durch die von der Deutschen Bundespost vor kurzem zurückgezogene Ausschreibung für das mobile „Europa-Netz“ (Autotelefon-Netz) der deutschen Wirtschaft ein „äußerst interessanter Wachstumsmarkt“ verlorengegangen sei und damit zugleich die Gefahr isolierter Insellösungen der verschiedenen Länder in Europa geschaffen werden?

- | | |
|---|--|
| 43. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die im Zusammenhang damit geäußerte Kritik, die zurückgezogene Ausschreibung stelle eine „völlige Verkennung der Verbraucherinteressen dar, die rasch ein leistungsfähiges, in hohen Stückzahlen und dadurch preisgünstig gefertigtes Mobilfunksystem erwarten“? |
| 44. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) | Wieviel posteigene Kräfte waren Ende 1982 im Reinigungsdienst beschäftigt, und wie hoch war 1982 prozentual der Anteil an Eigenreinigung? |
| 45. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD) | Wie hoch waren die Kosten für Fremdreinigung und von welchem Lohnniveau und welchen Leistungsanforderungen wird für die Reinigungskräfte ausgegangen, wenn angeblich die Fremdreinigung erheblich billiger ist? |
| 46. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) | Wie viele Arbeitnehmer/innen im posteigenen Reinigungsdienst waren Vollzeitarbeitskräfte, wie viele (unterteilt nach Wochenstunden – Gruppen) teilzeitbeschäftigt? |
| 47. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) | Wie hoch war der Anteil der von den Privatunternehmen für die Reinigung bei der Deutschen Bundespost eingesetzten Vollzeitarbeitskräfte, und wie hoch war der Anteil der versicherungsfrei beschäftigten Arbeitnehmer (unter 390 DM Monatseinkommen)? |
| 48. Abgeordneter
Liedtke
(SPD) | Welche mittelfristigen und langfristigen Veränderungen im Verhältnis Eigenreinigung/Fremdreinigung werden vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen angestrebt, und welche Mindestbedingungen sind dabei vorzugeben, um die Umstellung für posteigenes Personal sozial verträglich zu gestalten? |
| 49. Abgeordneter
Liedtke
(SPD) | Welche Bedingungen (Ausbildung, Betriebsrat, keine Leih- und Kettenarbeitsverträge u. a.) werden den privaten Reinigungsfirmen bei Ausschreibungen gestellt, und wie wird die Einhaltung dieser Bedingungen sichergestellt? |
| 50. Abgeordneter
Bernrath
(SPD) | Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, daß sozial abgesicherte Voll- und Teilzeitarbeitsplätze im Reinigungsdienst bei der Deutschen Bundespost durch eine Privatisierung abgebaut und durch versicherungsfreie Teilzeitarbeitsplätze ersetzt werden, die keinen eigenen Rechtsanspruch auf Alters-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung ermöglichen? |
| 51. Abgeordneter
Bernrath
(SPD) | Wie hoch werden die Einnahmeverluste an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen durch je 5 v. H. gesteigerten Fremdreinigungsanteil bei der Deutschen Bundespost geschätzt? |

52. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welche Bereiche sollen bei der Deutschen Bundespost durch Privatfirmen gereinigt werden, die bei der Überprüfung der dort Beschäftigten als „sicherheitsempfindlich“ gelten, und wie werden die unterschiedlichen Maßstäbe bei der Definition von Sicherheitsbereichen begründet?
53. Abgeordneter
Paterna
(SPD) In welchem Umfang sind Postbedienstete zu verstärkter Aufsicht von privaten Reinigungskräften erforderlich, und welche Schwierigkeiten gibt es in der Praxis bei der Mängelbeseitigung?
54. Abgeordneter
von der Wiesche
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein ausländischer Arbeitnehmer für die Anmeldung eines Telefonanschlusses in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis, eine Arbeitserlaubnis und Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers vorlegen muß?
55. Abgeordneter
Zander
(SPD) Wie ist der Stand der Bemühungen der Deutschen Bundespost, für das seit Jahren nicht bewirtschaftete Dreh-Restaurant im Fernmeldeturm in Frankfurt am Main einen Pächter zu finden?
56. Abgeordneter
Zander
(SPD) Wie hoch sind die Kosten, die die Deutsche Bundespost bisher für das leerstehende Restaurant insgesamt aufwenden mußte, und wie hoch belaufen sich gegenwärtig die monatlichen Kosten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

57. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Auf welchen Erhebungen und welchen statistischen Grundlagen beruht die Aussage von Bundesminister Dr. Schneider (Interview im SDR vom 15. November 1984), daß es in der Bundesrepublik Deutschland 26 Millionen Wohnungen und 25 Millionen Haushalte gibt?
58. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, angesichts dieser präzisen Kenntnisse des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auf den Wohnungsteil der geplanten Volkszählung zu verzichten?
59. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wie will die Bundesregierung im Rahmen der von ihr angekündigten Novellierung des Wohngeldrechts dem Umstand Rechnung tragen, daß die Wohnraummieten in verschiedenen Großstädten und Ballungsräumen erheblich (z. B. in München um 35 v. H.) über dem allgemeinen Mietenniveau liegen und die bisherige Wohngeldsystematik dem nicht gerecht wird?

60. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen des „Ausstiegs des Bundes aus dem sozialen Mietwohnungsbau“ nach wie vor mit jedem Bundesland eine Vereinbarung zu treffen, wonach das jeweilige Bundesland mindestens ebensoviel Mittel für die Förderung von Eigentumsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau ausgibt wie ihm Wohnungsbauförderungsmittel des Bundes zufließen, und wie gestalten sich die einschlägigen Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern?
61. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Sind Befürchtungen zutreffend, daß die Bundesregierung ab 1. Januar 1985 keine Wohnungsfürsorgemittel für Bundesbedienstete mehr zur Verfügung stellen will, und zwar unabhängig von der örtlichen Bedarfslage?
62. Abgeordneter
Delorme
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei bestimmten Bedienstetengruppen (z. B. Bundeswehr und Deutscher Bundespost) regional noch einen erheblichen Wohnungsbedarf gibt, und ist sie bereit, in diesen Fällen auch weiterhin Wohnungsfürsorgemittel bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

63. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Warum ist in der Veröffentlichung „Dokumente zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung – Verträge und Vereinbarungen mit der DDR“ nicht auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 7. Juli 1975 abgedruckt, und kann dies in einer Neuauflage nachgeholt werden?
64. Abgeordneter
Fischer
(Frankfurt)
(DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, daß das Bundeskanzleramt Material, Auskünfte und ähnliches über mich beim Bundesamt für Verfassungsschutz angefordert und erhalten hat, und wenn ja, auf wessen Veranlassung wurde dieser Schritt unternommen?
65. Abgeordneter
Fischer
(Frankfurt)
(DIE GRÜNEN)
- Wie lautet der genaue Inhalt der Anfrage, und wurden in der Vergangenheit bereits derartige Anfragen über Abgeordnete an das Bundesamt für Verfassungsschutz oder andere Sicherheitseinrichtungen gerichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

66. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß sich die zivile Bevölkerung in der angolanischen Hauptstadt Luanda nahe einer Hungerskatastrophe befindet?

67. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- Hat die Bundesregierung während der Sitzung der UNO-Vollversammlung 1984 eindeutig die Menschenrechtsverletzungen in Chile verurteilt, indem sie unter Inbetrachtung der insbesondere während der letzten Tage und Wochen eskalierten Unterdrückungsmaßnahmen von seiten der Pinochet-Diktatur sich nicht wie in vorangegangenen Jahren der Stimme enthielt, sondern für die Resolution stimmte?
68. Abgeordneter
Waltemathe
(SPD)
- In welcher Form hat die Bundesregierung auf die erneute Verhängung des Belagerungszustandes in Chile durch unsere diplomatische Vertretung in Chile reagiert?
69. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welches ist der Stand der von der Bundesregierung verantworteten Vorbereitungen einer eigenen deutschen Fernsehstunde in Jordanien, und welches sind die Gründe dafür, daß die Deutsche Welle, die laut Gesetz „im Ausland ein umfassendes Bild des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland vermitteln soll“, von den Vorbereitungen ausgeschlossen ist?
70. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung – auch in ihrer Funktion als Signatarmacht der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen – bisher konkret unternommen, um die Bemühungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) zum Schutz von Gesundheit und Leben der 50 000 irakischen Kriegsgefangenen im Iran zu unterstützen?
71. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Unterlagen darüber, daß das Bundesverfassungsgericht, gerade auf Grund der Darlegungen der früheren Bundesregierung, am 7. Juli 1975 mit Bezug auf den Warschauer Vertrag festgestellt hat, „der Wille der Bundesrepublik Deutschland..., nicht über den territorialen Status Deutschlands zu verfügen, war auch für den Vertragspartner erkennbar und hat sogar seinen Niederschlag in den Verträgen selbst gefunden“, das Ansprechen von Grenzlinien beinhalte eine „Konkretisierung des Gewaltverzichts“, die Gebiete östlich von Oder und Neiße seien „mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland“ nicht entlassen, die Bundesrepublik Deutschland habe Maßnahmen „auf eine gewaltsame Änderung“, aber nicht die grundgesetzlich gebotene Wahrung der Gebietsrechte Deutschlands vor friedensvertraglichen Regelungen zu unterlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

72. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Welche wichtigen umweltpolitischen Maßnahmen hat die Bundesregierung seit dem 1. Oktober 1982 ergriffen, und wie werden sich diese Maßnahmen bis 1990 beziehungsweise 1995 auswirken?
73. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Welche weiteren umweltpolitischen Maßnahmen plant die Bundesregierung bis 1987, und welche Auswirkungen auf die Umwelt erwartet sie hiervon?
74. Abgeordneter
Bamberg
(SPD)
- Bis wann ist die Bundesregierung bereit, die Empfehlung des Bundesrechnungshofes aufzugreifen und dessen Aufforderung nachzukommen, die Arbeitszeitordnung für Bundesbeamte dergestalt zu ändern, daß dabei das Bundesrecht den Regelungen der Länder angeglichen wird bzw. alle Regelungen zur gleitenden Arbeitszeit bei Bundesbehörden zu einer gemeinsamen Geschäftsordnung zusammenzufassen?
75. Abgeordneter
Bamberg
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, schon jetzt im Sinne der Gleichbehandlung die den Arbeitern und Angestellten bei bestimmten Bundesbehörden tariflich zugesicherte Arbeitsbefreiung am Heiligen Abend und an Sylvester ab 12.00 Uhr auch den Bundesbeamten zugute kommen zu lassen, indem z. B. die Gleitzeitregelung gemäß den Dienstvorschriften für bayerische Beamte bundesweit angewandt werden kann?
76. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Ist der Bundesinnenminister angesichts der Formulierungen in Kapitel V A 4 der zusammenfassenden Übersicht der „Internationalen Bewertung des Kernbrennstoffkreislaufes“ (INFCE) – Drucksache 8/3968 – der Auffassung, daß die Produktion von Kernbrennstäben ohne Auflagen in bezug auf den Anreicherungsgrad des verwendeten Urans gerechtfertigt ist, obwohl der hessische Wirtschaftsminister dagegen Bedenken hat?
77. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Woraus zieht der Bundesinnenminister den Schluß, daß INFCE mit seiner Empfehlung, den Anreicherungsgrad zu reduzieren, nur auf die Verbraucher und nicht auch auf die Brennstoffhersteller zielt?
78. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung der in vielen Gemeinden vollzogene Anschluß- und Benutzungszwang bei der Oberflächenentwässerung mit den Bemühungen von Bund und Ländern zur Vermeidung von Hochwasser bzw. zur Schadensminderung bei Hochwasserschäden vereinbaren?

79. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung die Einführung größerer Haushaltsmüllgefäße z. B. der 240 Liter Tonne mit der beabsichtigten Festschreibung der Prinzipien Müllvermeidung, Müllverwertung und sichere Müllbeseitigung in der Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes vereinbaren?
80. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Bindet die Verpflichtung der Präambel des Grundgesetzes, die staatliche und nationale Einheit Deutschlands – bis zur freien Entscheidung des deutschen Volkes über seine Zukunft (Artikel 146 GG) und bis zu frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen (Artikel 7 des Deutschlandvertrags) – zu wahren, auch alle Beamten und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, nachdem auch das Bundesverfassungsgericht auf der Einhaltung des Währungsgebots und der Mitverantwortung aller Staatsorgane für ganz Deutschland in verbindlicher Auslegung des Grundgesetzes besteht?
81. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Sind die Feststellungen des Bundesrechnungshofes in seinen Bemerkungen 1984 (Drucksache 10/2223) zutreffend, daß in den zurückliegenden Jahren Wehrpflichtige in größerer Zahl zum Dienst im Katastrophenschutz freigestellt worden sind als es nach den Soll-Zahlen für Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes erforderlich gewesen wäre?
82. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Haben die auf diese Weise im Übersoll freigestellten Wehrpflichtigen tatsächlich, und zwar auf Dauer und regelmäßig Dienst im erweiterten Katastrophenschutz geleistet, oder sind der Bundesregierung auch Fälle bekannt, in denen sich Wehrpflichtige auf diese Weise nur elegant vom Grundwehrdienst gedrückt haben?
83. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU)
- Gibt es eine zentrale Überwachung der im Rechnungshofbericht 1984 (Drucksache 10/2223) kritisierten Freistellungspraxis zum Katastrophenschutz, und kann diese einen möglichen Mißbrauch der einschlägigen Regelungen des Wehrpflichtgesetzes einschränken bzw. verhindern?
84. Abgeordneter
Hauser
(Esslingen)
(CDU/CSU)
- Ist in den einzelnen Bundesländern eine unterschiedliche Handhabung dieser Freistellungspraxis festzustellen, und ist die gesetzestreue Anwendung der entsprechenden Bestimmung des Wehrpflichtgesetzes bzw. des Gesetzes über den erweiterten Katastrophenschutz durch die Bundesländer bzw. Stadt- und Landkreise gewährleistet?
85. Abgeordneter
Ganz
(St. Wendel)
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise wird die Bundesregierung sicherstellen, daß jeder Mißbrauch der Freistellungspraxis vom Grundwehrdienst zugunsten des erweiterten Katastrophenschutzes, wie er im

Rechnungshofbericht 1984 (Drucksache 10/2223) für die zurückliegenden Jahre festgestellt worden ist, künftig ausgeschlossen werden kann?

86. Abgeordneter
Ganz
(St. Wendel)
(CDU/CSU)

Sind die in diesem Bericht getroffenen Feststellungen richtig, daß in Ausdehnung der im Gesetz genau definierten Ausnahmetatbestände über den erweiterten Katastrophenschutz hinaus auch Freistellungen zugunsten anderer Hilfsorganisationen verfügt worden sind?

87. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN)

Was veranlaßt die Bundesregierung zu der Auffassung, im Falle der Firma NUKEM (Hanau) der uneingeschränkten Verarbeitung von hochangereichertem, d. h. waffenfähigem Uran ausdrücklich zuzustimmen, und wie vereinbart die Bundesregierung dies mit ihrer Erklärung vom 19. November 1984, „als weitere Maßnahme der nuklearen Abrüstung“ ein weltweites Verbot von hochangereichertem Uran für Waffen zwecke zu fordern?

88. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung ihre oben genannte Auffassung im Zusammenhang mit der Firma NUKEM (Hanau) vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die allein für friedliche Zwecke produzierenden Urananreicherungsanlagen in der westlichen Welt kein hoch-, sondern lediglich niedrigangereichertes nichtwaffenfähiges Uran herstellen dürfen?

89. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung neue Rechtsvorschriften erwägt oder plant (siehe Frankfurter Rundschau Nr. 273, 1984, Seite 1), die zur Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe aus Atomkraftwerken führen sollen, auch wenn diese Anlage als allzu gefährlich und/oder allzu teuer erscheinen sollte?

90. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)

Welche gesetzliche Ermächtigung würde einer solchen Rechtsvorschrift zugrunde liegen, und wie wäre sie mit § 9 a Atomgesetz in Einklang zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

91. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)

Kann die Bundesregierung die bekanntgewordene Absicht der Peiner AG bestätigen, ab 1985 die bisherigen Ausbildungsstellen von 28 auf zwölf Ausbildungsplätze im Jahr zu kürzen?

92. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, zuzugeben, daß eine derartige Entscheidung eines bundeseigenen Unternehmens, den bisherigen Versprechungen der Bundesregierung, für zusätzliche Ausbildungsplätze zu sorgen, eklatant widerspricht?
93. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Welche Auswirkung wird die Entscheidung des Großen Senats des Bundesfinanzhofes (GrS 4/82 vom 25. Juni 1983), nach der die Absicht der Bundesregierung abgelehnt wird, die Publikums GmbH u. Co. KG körperschaftsteuerpflichtig zu machen und nach der diesen Gesellschaften die Möglichkeit genommen wird, ihren Kommanditisten Verluste zuzuweisen, wenn keine Gewinne erzielt werden, auf den Wohnungsbau bzw. Baumaßnahmen überhaupt und für das Steueraufkommen haben?
94. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Welche Konsequenzen für die Gesetzgebung gedenkt die Bundesregierung aus dieser Entscheidung zu ziehen?
95. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Mit welchen steuerlichen Einbußen rechnet die Bundesregierung, falls, entgegen dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 25. Januar 1984 (Az. I R 7/80 Bundessteuerblatt 1984 II, S. 344) Rückstellungen für die Kosten der betrieblichen Berufsausbildung zugelassen würden?
96. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Wie viele Angestellte in der Bundesverwaltung werden auf Planstellen für Beamte geführt, und in welchem Umfang besteht die Möglichkeit, diese Angestellten in ein Beamtenverhältnis zu übernehmen?
97. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Besteht die Absicht, Stellen für Angestellte, wenn diese durch das Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis frei geworden sind, in Planstellen für Beamte umzuwandeln und damit das Berufsbeamtentum zu stärken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

98. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß alle berechtigten Anforderungen aus dem Titel „Förderung der Leistungssteigerung im Handel“ 1985 erfüllt werden können?
99. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die Herabsetzung des Haushaltsansatzes für 1985?

100. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Sind die in dem Schreiben der Krupp-Stahl-AG und der Klöckner-Werke-AG vom 7. November 1984 an den Bundeswirtschaftsminister enthaltenen Angaben über die beabsichtigte Fusion Krupp/Klöckner/CRA hinsichtlich der Ziele und Ergebnisse der Fusion, hinsichtlich der etwa erforderlichen Anträge auf Genehmigung der Fusion nach EG-, Bundes- und Landesrecht und hinsichtlich der gewünschten finanziellen Förderung durch den Bund und die Bundesländer in der Zwischenzeit ergänzt worden, und in welcher Weise wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag und seine Ausschüsse über die gestellten Anträge und die Entscheidungskriterien vor den einzelnen Entscheidungen unterrichten?
101. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Welche Genehmigungen sind für die Fusion nach EG- und Bundesrecht erforderlich, und wie lange wird die Prüfung der Anträge voraussichtlich dauern?
102. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Zu welchen Ergebnissen hat das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten über den einseitig und gegen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) verstoßenden Importstopp von Röhren aus der EG geführt?
103. Abgeordneter
Dr. Wieczorek
(SPD)
- Hat der amerikanische Präsident sich gegenüber dem Bundeskanzler bereit erklärt, den einseitigen Importstopp von Röhren aus der EG zurückzunehmen und mit seinen europäischen Partnern einvernehmliche Lösungen auf dem Verhandlungswege zu erreichen?
104. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Welche regionalen beschäftigungspolitischen Auswirkungen hat der Importstopp von Röhren auf die deutsche Stahlwirtschaft?
105. Abgeordneter
Roth
(SPD)
- Welche Gegenmaßnahmen kommen nach Meinung der EG-Kommission und der Bundesregierung in Betracht, falls die USA auf ihrer Entscheidung beharren?
106. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Entspricht es den Tatsachen, daß der Importstopp von Röhren einseitig nur die EG, nicht dagegen andere Länder, wie z. B. Brasilien und Japan, trifft?
107. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Mobil-Oil AG die Stillegung der umweltfreundlichsten und auf die Produktion von bleifreiem Benzin ausgerichteten Raffinerie in Wilhelmshaven eingeplant hat, und was will die Bundesregierung dagegen tun, da – über die strukturpolitischen

Folgen hinaus – aus dieser Stilllegung eine weitere Verzögerung beim Angebot von bleifreiem Benzin und eine Vergrößerung der Importabhängigkeit auch bei Raffinerie-Produkten zu erwarten sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

108. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nunmehr, da sich auch das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes für Bundesmittel zur Existenzsicherung der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe ausgesprochen hat, bereit, in Abänderung ihrer bisherigen Haltung über Hilfsprogramme als Antwort auf die diesjährigen Ernteschäden nachzudenken?
109. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Werden die von Bundesaußenminister Genscher am 26. Oktober 1984 im Pressedienst der FDP geäußerten Bedenken zur Milchkontingentierung von anderen Mitgliedern der Bundesregierung geteilt, und trifft es zu, daß die der FDP angehörenden Minister der Einführung der Milchkontingentierung nicht ausdrücklich zugestimmt haben?
110. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die von Bundesaußenminister Genscher in einem Interview des Deutschlandfunks am 27. Oktober 1984 gemachten Aussagen bestätigen, wonach sich bei Anhörungen im Bundeskanzleramt die Führung des Bauernverbandes und die Landesvorsitzenden einhellig für die Milchquotenregelung ausgesprochen haben, und wie erklärt sich die Bundesregierung die jetzt vom Bauernverband an der Milchkontingentierung geübte Kritik?
111. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD)
- Wie viele selbständige Landwirte (absolut und in Prozent aller Landwirte) nehmen Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz in Anspruch?
112. Abgeordneter
Wimmer
(Neuötting)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Erhebungen der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. Bonn bestätigen, nach denen 1980 in der Bundesrepublik Deutschland rund 30 000 Haupterwerbsbetriebe unter den Regelsätzen der Hilfe zum Lebensunterhalt lagen, und wie viele landwirtschaftliche Betriebe haben die Regelsätze im Wirtschaftsjahr 1982/83 unterschritten?

113. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung genaue Zahlen bekannt, in wie vielen Fällen die sogenannte Milchrente gewährt wurde an Landwirte, die freiwillig ihre Kühe aufgegeben hatten, auf Hinweis des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft aber erneut Kühe anschafften, um dadurch in den Genuß der Milchrente zu kommen?
114. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Gründe bekannt, weshalb die Erfindung des „Carborain“-Verfahrens für den Garten- und Waldbau, entwickelt von Alexander Kückens, Ratzeburg, jetzt in Japan vermarktet wird und nicht in der Bundesrepublik Deutschland?
115. Abgeordneter
Carstensen
(Norstrand)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich nach dem verheerenden Frühjahr für die Krabbenfischerei die Preise für Krabben und die Fänge entwickelt haben?
116. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche Schäden haben die Stürme und Orkane der letzten Woche am Waldbesitz in der Bundesrepublik Deutschland verursacht, und was plant die Bundesregierung, um einzelnen Betroffenen zu helfen, um Störungen des Holzmarktes zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

117. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wie hoch ist der jährliche Gesamtaufwand für die Erstattung von Visa-Gebühren für ältere Reisende in die DDR, und wie hoch wäre dieser, wenn allen Anspruchsberechtigten, also auch denen, die keine Erstattung beantragen, eine Erstattung gewährt würde?
118. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß DDR-Grenzorgane in Selmsdorf, Zarrentin und Horst zumindest in einzelnen Fällen für ein Eintagesvisum eine Gebühr von 15 DM erhoben haben, und wie hat die Bundesregierung darauf gegenüber der DDR reagiert, um sicherzustellen, daß auch in Zukunft für ein Eintagesvisum nur 5 DM zu entrichten sind?
119. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um den deutsch-deutschen Jugendaustausch wieder zu beleben?

120. Abgeordnete
**Frau
Terborg
(SPD)**
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Verfassungsschutzbericht 1983 in den Passagen zum deutsch-deutschen Jugendaustausch zu korrigieren, oder ist eine Wiederholung der mißverständlichen Passagen über den Jugendaustausch im nächsten Verfassungsschutzbericht zu erwarten?
121. Abgeordneter
**Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)**
- Treffen Pressemitteilungen zu, wonach eine schwerkranke 64jährige Bürgerin aus Berlin-Kreuzberg in der Kontrollbaracke des Grenzüberganges Waltersdorfer Chaussee von DDR-Zöllnern in menschenunwürdiger Weise behandelt wurde?
122. Abgeordneter
**Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)**
- Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen skandalösen Vorfall, und wie gedenkt die Bundesregierung im Zusammenwirken mit dem Senat von Berlin darauf zu reagieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

123. Abgeordnete
**Frau
Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU)**
- Trifft es zu, daß Arbeitslose unabhängig davon, ob sie staatliche finanzielle Unterstützung erhalten oder nicht, grundsätzlich nur 13 DM pro Tag als Aushilfe hinzuverdienen dürfen, während Personen in einem festen Arbeitsverhältnis bis zu 390 DM im Monat steuerfrei hinzuverdienen dürfen?
124. Abgeordnete
**Frau
Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU)**
- Wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, hier nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung eine gesetzliche Änderung herbeizuführen?
125. Abgeordneter
**Glombig
(SPD)**
- Trifft es zu, daß Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vorgeschlagen haben, im Rahmen der Änderungen des Schwerbehindertenrechts die Pauschbeträge für Körperbehinderte einzuschränken oder sogar zu beseitigen, und wenn ja, welche Gründe waren dafür maßgeblich?
126. Abgeordneter
**Glombig
(SPD)**
- Trifft es zu, daß die Vertreter der obersten Finanzbehörden der Länder sich gegen eine Senkung der Pauschbeträge für Körperbehinderte ausgesprochen haben, und sind der Bundesregierung die Gründe bekannt?

127. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Sind Presseberichte zutreffend, nach denen das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in einer vorgesehenen Änderung der „Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe“ plane, daß in Zukunft drei statt bisher zwei Kriterien gleichzeitig erfüllt sein müßten, bevor ein Stoff als krebserzeugend bewertet werde, daß außer dem Nachweis für die Häufigkeit bösartiger Geschwulste in einem Tierversuch zusätzlich auch noch der Nachweis von Erbgutveränderungen bei Tieren und Veränderungen bei Zellkulturen erbracht werden müsse, und wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung solch eine Änderung mit ihrem Eid, Schaden vom deutschen Volke, also auch von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, abzuwenden?
128. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Sind Vermutungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zutreffend, daß die vorgesehene Änderung der „Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe“ in enger Zusammenarbeit mit der Industrie erfolgt sei, und wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung ihr einseitiges Eintreten für die ausschließlich profitorientierten Interessen der betroffenen Industrie?
129. Abgeordnete
Frau Männle
(CDU/CSU)
- Welches sind die Ursachen überproportionaler Arbeitslosigkeit von Ärztinnen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
130. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien müssen bei einem arbeitslosen Mitbürger zutreffen, um als echt Arbeitsloser registriert zu werden?
131. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie ist sichergestellt, daß ein Arbeitsloser nicht mehrmals, d. h. bei verschiedenen Arbeitsämtern, registriert ist?
132. Abgeordneter
Sieler
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beabsichtigt, den ehemaligen Persönlichen Referenten des früheren Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit unter Umgehung der Laufbahnvorschriften zum Vizepräsidenten des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz zu ernennen?
133. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Leitung der Unterabteilung Vb – Krankenversicherung – mit einem der privaten Krankenversicherung nahestehenden Beamten zu besetzen gedenkt?

134. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Trifft es zu, daß die gesetzlichen Rentenversicherungen bei den Banken Überbrückungskredite aufnehmen mußten, um die Dezember-Renten auszahlen zu können?

Bonn, den 30. November 1984

